

Was taugen Wahlumfragen?

ZÜRICH. Umfragen sind ein attraktives Mittel, um Wahlkämpfe zu intensivieren. Oft fördern sie überraschende Resultate zutage. Oft bleiben die Überraschungen aber am Wahltag aus. Weil Parteien und PR-Branche auf die Umfragen reagiert haben? Kaum.

PASCAL UNTERNÄHRER

«Markus Kägi muss um seine Wiederwahl fürchten», hiess es am Dienstag im «Tages-Anzeiger» aufgrund einer Umfrage von Isopublic. Denn der Grüne Martin Graf sitze dem SVP-Regierungsrat im Nacken. Muss Kägi nun schlaflose Nächte haben? Eher nicht. Denn Erfahrungswerte zeigen, dass es oft anders herauskommt. Gerade bürgerliche Politiker schneiden in Umfragen oft schlechter ab als am Wahltag.

Vor vier Jahren zeigten zwei Umfragewellen Martin Bäumle in bester Wahlposition. Zwei Wochen vor dem Wahltag war der Grünliberale der Konkurrenz gemäss Umfrage klar voraus und belegte Rang 6. In der ersten Umfrage war Markus Kägi das «Opfer» auf dem neunten Platz, in der zweiten Erhebung FDP-Mann Thomas Heiniger auf Platz 8. Heiniger machte am Wahltag (wie übrigens SVP-Mann Christian Huber im Jahr 2003) fünf Ränge gut und wurde als dritter von sieben glanzvoll gewählt. Kägi wurde sechster, Bäumle endete auf Platz 9.

Letztes Jahr jagte eine Isopublic-Umfrage der Stadtzürcher SP einen Schrecken ein. Zwei Wochen vor der Stadtratswahl figurierte SP-Kandidatin Claudia Nielsen abgeschlagen auf Rang 11. Zu verteilen gibt es aber nur neun Exekutivsitze. Es profitierte der Freisinnige Urs Egger, der gemäss Umfrage auf dem komfortablen siebten Rang platziert war. Das Wahlergebnis: Nielsen wurde klar gewählt, Egger ebenso klar nicht.

Einmal schnitten zwei Bürgerliche an der Urne viel besser ab, einmal eine Sozialdemokratin. Isopublic-Geschäftsführer Matthias Kappeler erklärt, die kantonalen Wahlen seien für Umfrageinstitute die «schwierigsten», weil die Kantonspolitiker kaum bekannt sind. Die Hälfte der Befragten,

dieangaben, am 3. April wählen zu gehen, konnten spontan keinen einzigen Regierungsrat nennen.

Beliebte Hiobsbotschaften

Gemeinsam hätten die SVP auf dem Land und die SP in der Stadt, dass sie ihre Basis erst im letzten Moment mobilisieren, so Kappeler. Claudia Nielsen sei – im Gegensatz zu Urs Egger – bis kurz vor dem Wahltermin kaum bekannt gewesen. Dasselbe galt 2007 für Kägi und Heiniger. Kappeler sieht für Kägi auch dieses Jahr kaum eine Gefahr, da der SVP-Magistrat beim Bekanntheitsgrad am schlechtesten abgeschnitten hat und deshalb noch viel

Potenzial habe. Studien belegten übrigens, dass die Umfragen selbst die Wahlergebnisse nicht beeinflussen, sagt Kappeler. Die Parteien hingegen beachten Umfragen stark. SP-Mann Emanuel Wyler, der Niensens Wahlkampagne leitete, begrüsst jede Wahlinformation. Dabei seien Hiobsbotschaften gar nicht so schlecht. Diese vermochten die eigene Basis manchmal besser zu mobilisieren als die ewigen Mahnungen der Parteiführung. Strategiewechsel seien aber kaum mehr möglich. Es bestehe eher die Gefahr, kopflos und deshalb kontraproduktiv zu reagieren.

Ähnlich äussert sich Martin Arnold, der 2007 und auch dieses Jahr für die Dachkampagne der SVP- und FDP-Regierungskandidaten zuständig ist: «Gute Umfragergebnisse sind anspruchsvoller, weil ein Zurücklehnen droht.» Schlechte Prognosen seien in diesem Sinn ein Vorteil, so Arnold. Er habe es aber

noch nie erlebt, dass Parteien auf Umfragen konkret reagiert haben.

Dies bestätigen auch die Werber. GKK-Chef Hermann Strittmatter sagt, die PR-Branche profitiere nur marginal von Umfragen. Für Strategieänderungen sei es zu spät. Zudem hätten die Parteien gar kein Geld für kurzfristige Aktionen. Farner-CEO Christian König sieht eher eine Wechselwirkung zwischen Umfrage und Wahlkampf. Umfragen seien wie Temperaturmessungen, sagt er. Und je nach Anzeige lasse sich mitunter ein Kässeli aktivieren, um eine Kampagne zu intensivieren. Ähnlich wichtig wie Umfragen sei für die Lagebeurteilung aber das Bauchgefühl der Politiker. In Umkehrung zu Firmengründer Rudolf Farner («Gebt mir eine Million, und ich mache aus jedem Kartoffelsack einen Bundesrat») sagt König: «Mit Geld allein gewinnt man keine Wahlen.»



Der Plakatwald (im Bild im Jahr 2007) ist keine Reaktion auf Wahlumfragen, sondern von langer Hand geplant. Bild: key

Rätselhafter Tod eines Lehrlings

USTER. Am Dienstagnachmittag ist ein Lehrling im Volg im Ustermer Krämeracker gestorben. Laut Polizei steht «ersten Ermittlungen zufolge ein Drittverschulden nicht im Vordergrund». Der 18-Jährige, der in dem von Lehrlingen geführten Laden tätig war, wurde unansprechbar in einem Hinterraum aufgefunden. Er lag auf dem Boden und hatte leichte Kopfverletzungen. Trotz Reanimationsbemühungen verstarb er noch am Ort. Laut Polizei hat er sich in seiner Freizeit in dem Hinterraum aufgehalten. Sie hofft auf Erkenntnisse aus der Obduktion. Der Laden war gestern wieder geöffnet. Die Mitarbeiter wollten es so, sagte ein Volg-Sprecher. Sie wurden von einem Care-Team betreut. (zof)

IN KÜRZE

Abbruch der «Räuberhöhle»

ZÜRICH. Die Abbrucharbeiten an der Liegenschaft Neufrankengasse 16/18, wo die «Räuberhöhle» untergebracht war, haben gestern begonnen. Das Haus wurde unbewohnbar gemacht, die Werkleitungen gekappt, die Werke der Polizei vor Ort, um die Besetzer zu vertreiben. Diese hatten aber das Haus bereits verlassen.

Neubau für Seepolizei

ZÜRICH. Das Gebäude der Wasserschutzpolizei am Zürcher Mythenquai ist in einem schlechten Zustand. Bis 2016 soll es durch einen Neubau ersetzt werden. Der Stadtrat bewilligte dafür einen Projektionskredit in der Höhe von 1970000 Franken.

Neue Polizeiverordnung

ZÜRICH. Der Entwurf zur neuen Polizeiverordnung führte gestern im Gemeinderat Zürich zu hitzigen Debatten. Besonders umstritten war die Frage, ob Polizisten in Kampfmonturen individuell gekennzeichnet werden sollen. Die Diskussion um die 50 Änderungsanträge dauerte bei Redaktionsschluss noch an. (tsc/sda)

Risikomanager für Beamtenkasse

ZÜRICH. Im Nachgang zum Bestechungsskandal um den ehemaligen Anlagechef stellt die Personalvorsorge des Kantons (BVK) einen Risikomanager an. Laut Mitteilung der Finanzdirektion handelt es sich um den Wirtschaftswissenschaftler Stefan Kuhn, der zurzeit bei der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein arbeitet und zuvor bei der Bank Vontobel als Teamleiter im Investment Controlling tätig war. Der 37-Jährige beginnt seine Arbeit bei der BVK am 1. Mai. Er wird BVK-Chef Thomas Schönbächler direkt unterstellt sein.

Kuhns Aufgabe ist es, ein übergeordnetes Kontrollsystem aufzubauen, wie Schönbächler auf Anfrage sagte. Dabei gehe es darum, diese heute auch von externen Firmen wie der «Complementa» ausgeübte Funktion vermehrt intern zu übernehmen. «Externe Kontrolle wird weiterhin nötig sein», sagte Schönbächler, «aber wir müssen und wollen intern mehr tun.» In der Mitte Januar veröffentlichten Administrativuntersuchung hatten Gutachter unter anderem die zu dominante Stellung der Complementa kritisiert. Die BVK überlässt ihr seit 1991 die gesamte Investitionskontrolle. Da Jahresverträge bestünden, seien Änderungen aber frühestens ab Anfang 2012 möglich, sagte Schönbächler.

Bereits verschärft worden sind laut seinen Angaben die Loyalitätsbestimmungen für BVK-Mitarbeiter. Die Gutachter rügten zu weiche Bestimmungen. Verhindert werden soll, dass sich BVK-Mitarbeiter Vermögensvorteile verschaffen können. (tsc)

PRO UND KONTRA: ABSTIMMUNG ÜBER DIE ACS-VERKEHRSSICHERHEITSINITIATIVE VOM 13. FEBRUAR

Ordnungsbusse erhält einen konkreten Nutzen

Die Verkehrssicherheitsinitiative stärkt die Vorsorge für mehr Verkehrssicherheit, schafft Transparenz hinsichtlich des Verwendungszwecks der Bussengelder, und sie schwächt den falschen Anreiz, über die Ausstellung von Ordnungsbussen die allgemeine Kasse aufzubessern.

Viele unter uns sind offen für fahrerische Weiterbildung, für Prävention, Verkehrsschulung, Sensibilisierungsprogramme und andere Angebote. Diese Nachfrage können wir dank der Initiative künftig niederschwellig befriedigen und das Angebot ohne zusätzliche Belastung des Staatshaushaltes mitfinanzieren. Projekte von Gemeinden, vom Kanton, aber auch von privaten Leistungsanbietern können ermöglicht werden. Im Zentrum steht immer ein Plus an Sicherheit auf den Strassen.

Bussen haben heute mehr und mehr den Charakter einer «Steuer». Sie werden jährlich budgetiert und so zu einem Einnahmeziel der öffentlichen Hand. Dabei verpuffen die Gelder irgendwo im Milliardenbudget des Kantons, oder sie versickern in den Kassen von Zürich und Winterthur. Der Befürchtung, der zweckgebundene Teil der Busseneinnahmen würde durch noch mehr Bussen wieder «kompensiert», kann entgegengehalten werden, dass die Poli-



PRO
Thomas Vogel,
Kantonsrat FDP

tik dies im Rahmen der Budgetbehandlung problemlos kontrollieren und unterbinden kann.

Die Verkehrssicherheitsinitiative weist einem Viertel der Busseneinnahmen künftig einen definierten Zweck zu. Ein dadurch gespiessener Verkehrssicherheitsfonds schafft Transparenz über die Verwendung. Wir sprechen von 20 bis 25 Millionen Franken, die dank der Verkehrssicherheitsinitiative künftig jährlich für Verkehrssicherheitsprojekte zur Verfügung stehen – ein Klacks, verglichen mit den Ausgabenbudgets des Kantons und der beiden grossen Städte.

Die dank der Verkehrssicherheitsinitiative ermöglichten Angebote sprechen das Verantwortungsbewusstsein der Verkehrsteilnehmer an. Wer die Verkehrsregeln so verletzt, dass eine Ordnungsbusse fällig wird, soll – verursachergerecht – einen finanziellen Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit leisten. Damit erhält die Ordnungsbusse einen konkreten Nutzen im Dienste der Verkehrssicherheit, ohne ihren Bussencharakter zu verlieren.

Die Verkehrssicherheit ist Sache des Staates

Wer möchte nicht etwas für die Verkehrssicherheit tun? Wer möchte nicht, dass die Kinder unfallfrei und sicher ihren Schulweg bewältigen können? Es ist wichtig, dass Geld für die Verkehrssicherheit eingesetzt wird, deshalb wirkt das Anliegen der Verkehrssicherheitsinitiative des ACS auf den ersten Blick sympathisch, bei einer genaueren Analyse der vorgeschlagenen Gesetzesänderungen stellen sich dann allerdings grosse Bedenken ein.

Die Zweckbindung von Geldern aus Strafaktionen ist grundsätzlich problematisch und würde einen Paradigmawechsel im Umgang mit Bussengeldern bedeuten. Eine Ordnungsbusse ist nicht dazu da, sich auf die Schultern zu klopfen und zu finden, es sei eine gute Tat vollbracht worden, weil das Geld der Verkehrssicherheit zugute komme. Der Sinn einer Busse ist genau das Gegenteil. Sie soll zu einem Überdenken des Handelns führen und eine Wiederholung verhindern, damit ist der Verkehrssicherheit mehr gedient. Konsequenterweise müsste dann das Geld aus Geldstrafen für Tötlichkeiten in einen Fonds für Gewaltprävention einfließen. Dies hätte zur Folge, dass im Kantonsbudget am Schluss mehr Fonds als andere Budgetposten zu finden wären.



KONTRA
Renate Büchi,
Kantonsrätin SP

Die Annahme der Initiative würde zu einer Umverteilungsführung führen, die einen grossen administrativen Aufwand mit sich bringt. Ausserdem ist nicht klar, wie die Verteilung funktionieren soll und wer in den Genuss von Geld kommen würde. Werden zukünftig Aktionen, Propaganda und das Personal der Verbände über diese Bussengelder finanziert?

Die Bussengelder der Städte Zürich und Winterthur und der Kantonspolizei sollen in Fonds geöffnet werden, die Gemeinden und kleineren Städte können über die Bussengelder frei verfügen, das ist nicht gerecht.

Die Verkehrssicherheit hat einen hohen Stellenwert. Es ist die Aufgabe der staatlichen Organe, für diese zu sorgen, mit der modernen Verkehrstechnik, mit baulichen Massnahmen und mit Präventionskampagnen. Städte und Gemeinden müssen, wenn es zum Beispiel um bauliche Massnahmen geht, in ihren Investitionsplänen Geld dafür einsetzen. Die Verantwortung für die Verkehrssicherheit liegt beim Staat und nicht bei privaten Verbänden!